

Scholz | Dörrenbächer | Rennig [Hrsg.]

Europa jenseits des Konvergenzparadigmas

Divergenz – Dynamik – Diskurs



Nomos

Denkart Europa | Mindset Europe

Denkart Europa|Mindset Europe bietet internationale wissenschaftlich fundierte Analysen und Beiträge zu einem weiten Spektrum europabezogener Themen. Die Schriftenreihe wendet sich an eine breite weltweite Öffentlichkeit und trägt zur Reflexion politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen in Europa bei. Mit Denkart Europa|Mindset Europe präsentieren die ASKO EUROPA-STIFTUNG und die Europäische Akademie Otzenhausen die Ergebnisse ihrer vielfältigen Aktivitäten in Form von Monographien, Sammelbänden, Essays und Handbüchern und laden damit zu einem stetigen interdisziplinären Diskurs über Europa ein.

herausgegeben von der ASKO EUROPA-STIFTUNG, Saarbrücken und
der Europäischen Akademie Otzenhausen gGmbH.

ASKO EUROPA - STIFTUNG

 Europäische
Akademie
Otzenhausen

Christian Scholz | Peter Dörrenbächer | Anne Rennig [Hrsg.]

Europa jenseits des Konvergenzparadigmas

Divergenz – Dynamik – Diskurs



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-4928-7 (Print)

ISBN 978-3-8452-9141-3 (ePDF)

1. Auflage 2019

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2019. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort der Herausgeber

Europa konvergiert in vielen Bereichen – wirtschaftlich, politisch, juristisch. Gleichzeitig aber ist zu beobachten, dass Europa in vielen verhaltensbezogenen Bereichen – kulturell, sprachlich, im Bereich der Identitäten – divergiert. Eklatant sichtbar wurde dies in der Griechenlandkrise, wo auf der politisch-wirtschaftlichen Ebene versucht wurde, die Einheitswährung zu retten, während gleichzeitig längst vergessen geglaubte Ressentiments und Vorurteile wieder aufbrachen und auf allen Seiten Renationalisierungstendenzen zu beobachten waren. Die Erwartung, dass Europa auch kulturell zwangsläufig zusammenwachsen werde, erfüllt sich – zumindest nach aktuellem Stand der Dinge – nicht.

Die politische Brisanz und Relevanz dieser Diagnose liegt auf der Hand: Konvergenz wird im Sinne von Standardisierung und Harmonisierung als durchaus positiv besetzte, erwünschte Entwicklung wahrgenommen, die zu größerer Einheit und Einigkeit und damit verbunden zu mehr Wohlstand und Solidarität führen soll. So sind beispielsweise für die europäische Währungsunion sogenannte „EU-Konvergenzkriterien“ im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union bedeutende Elemente; es handelt sich um ökonomische Leitlinien und Werte, ihre Einhaltung entspricht einer *conditio sine qua non*, sie ist unabdingbar für das Gelingen des Projekts „Einheitswährung“. Gleiches gilt für das Ziel, Konvergenz durch die Förderung aus Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung dort zu erzielen, wo europäische Regionen strukturschwach sind, sie also durch gezielte Fördermaßnahmen dem europäischen Durchschnitt angenähert werden sollen. Zu diesen strukturschwachen Regionen gehören oftmals Grenzregionen.

An dieser Stelle setzt die im vorliegenden Band vorgestellte Forschung an. Sie bietet einen interdisziplinären Blick auf Europäisierungsprozesse und die Dynamiken, welche die (oftmals aktiv gesteuerten) Konvergenzen und (oftmals wider Erwarten eintretenden) Divergenzen freisetzen. Im Erkenntnisinteresse liegen neben dem institutionalisierten EU-Europa und seinen gesellschaftspolitischen Aktualitäten auch Prozesse europäischer Konstruktionen von Identität, Gesellschaft, Wirtschaft und Handel, Recht, Politik und Sprache im historischen

Zeitverlauf: Wo verliefen und verlaufen Entwicklungen konvergent, wo divergent? Wo entstanden und entstehen aus Divergenz Potenziale oder konkreter Nutzen für weitere Entwicklungen? Wo waren und sind Konvergenzen sinnvoll, wo hemmten oder hemmen sie die Entwicklung?

Die derzeit virulente Bedrohung der Einheit insbesondere aus dem Inneren lässt die Frage berechtigt erscheinen, ob die Diversität Europas, die auch seine Stärke ist, in diesen Zeiten zum unüberwindbaren Hindernis wird: Im Zuge des Brexit verlässt mit Großbritannien im Jahr 2019 ein wichtiger Akteur die EU-Bühne, gleichzeitig reiben sich die Mitgliedstaaten an Fragen der Solidarität und der Humanität auf – Stichwort Flüchtlingskrise –, welche die EU vor allem als Wertegemeinschaft dramatisch in Frage stellen.

In seiner Einführung mit dem Titel „Konvergenz und Divergenz in Europa: Eine kleine Einführung in eine große Herausforderung“ widmet sich *Christian Scholz* (Saarbrücken) ebendiesen Ausgangsfragen und setzt sie insbesondere ins Verhältnis zu dem, was die historische Vision eines geeinten „Europa“ darstellt. Er gibt einen Überblick über die aktuelle Konvergenz- und Divergenzforschung und formuliert konkret den aktuellen „Problemdruck“ vor allem auf soziokultureller Ebene, zeigt aber auch Lösungsstrategien auf verschiedenen Ebenen auf, die die Konvergenz als Leitmodell der Finalität Europas konstruktiv auf den Prüfstand stellen.

Im Bereich *Wirtschaft, Politik & Recht* werden aktuelle Europäisierungsprozesse und Fragen der Europäischen Integration verhandelt.

Inwiefern finanzpolitische Beschlüsse auf EU-Ebene – die Konvergenz zum Ziel haben – durch die Umsetzung auf nationaler Ebene zu Divergenz führen können, zeigt *Georg Wenzelburger* (Kaiserslautern) in seinem Beitrag „Die Europäisierung nationaler Policies: Divergenz oder Konvergenz? Eine Analyse der Bedingungen für Konvergenz- und Divergenzprozesse am Beispiel der Finanzpolitik“. Deutlich wird dies durch die Macht der Angst vor dem Verlust von Wählerstimmen im Parteienwettbewerb, die trotz klarer europäischer Vorgaben zu divergierenden nationalen Lösungen führen kann.

Philippe Cossalter (Saarbrücken) analysiert „Konvergenzen und Divergenzen im europäischen Recht: Das Beispiel der Daseinsvorsorge auf lokaler Ebene“. Er verdeutlicht, wie europäisches Recht, das generell auf europaweite Konvergenz abzielt, in traditionelle nationale Aufgaben wie die Daseinsvorsorge hineinwirkt, zum Beispiel durch Vergaberichtlinien. Insbesondere der deutsch-französische Vergleich zeigt auf, wie

auf europäischer Ebene Recht durch Richtlinien harmonisiert wird, auf nationaler Ebene jedoch durch die unterschiedliche, oftmals kulturell geprägte Auslegung wieder divergiert.

Was europaweite Konvergenz im Bereich der Personalarbeit bedeutet, beleuchtet *Christian Scholz* (Saarbrücken) in seinem Beitrag „Personalarbeit in Europa: Wo bleibt die Konvergenz?“ Er plädiert für ein sinnvolles Zusammenspiel von Konvergenz und Divergenz im Sinne von Change-Treibern. Gerade Divergenzen erscheinen bezogen auf kulturelle Diversität im personalwirtschaftlichen Bereich und interkulturelle Wettbewerbsstrategien für Unternehmen dringend geboten.

Prozesse im Bankensektor untersuchen *Volker Stein & Arnd Wiedemann* (Siegen) in ihrem Beitrag zu „Risikokultur von Banken in Europa: Werte-Nonvergenz trotz erzwungener Artefakte-Konvergenz“. Auch hier wird das Spannungsfeld deutlich, in dem sich Europa auf vielen Ebenen befindet: Einerseits angestrebte Konvergenz auf der Ebene der Richtlinien – insbesondere bezogen auf die Risikokultur nach der Finanzkrise –, andererseits länderspezifische beziehungsweise kulturell/historisch geprägte (divergierende) Umsetzung.

Im Beitrag von *Laura Kreiner* (Saarbrücken) „Konvergenz der europäischen Hochschulsysteme: Bologna auf dem Prüfstand“ wird anhand empirischer Daten bezüglich der Finanzierung, des Zugangs zu Bildung, der Institutionen selbst, der grenzüberschreitenden Mobilität und der Studienabgänger untersucht, inwiefern die „Bologna-Reform“ tatsächlich zu mehr Konvergenz im Sinne einer Vergleichbarkeit von Hochschulabschlüssen, zu mehr Mobilität und zu besseren Berufsaussichten geführt hat, wie es das erklärte politische Ziel war.

Melanie Reisch & Tobias Chilla (Erlangen) vergleichen in ihrem Beitrag „Räumliche Muster der Europäisierung: Beispiele aus innereuropäischen Grenzräumen“ die europäischen Grenzregionen um Aachen-Lüttich-Maastricht, um Luxemburg, zwischen Deutschland und den Niederlanden und zwischen Österreich und Slowenien bezüglich ihres Charakters als urbaner oder ländlicher Raum und, damit zusammenhängend, bezüglich ihrer Wirtschaftsstärke. Sie zeigen Faktoren der Regionalentwicklung auf, die zu mehr Konvergenz beziehungsweise Divergenz zwischen den Regionen führen, und untersuchen, inwiefern die Spezifik der Grenzräume eine Rolle bei diesen Prozessen spielt.

Die Sektion *Medien, Kommunikation & Kultur* setzt sich aus Beiträgen zusammen, die weniger politisch-wirtschaftliche als vielmehr

(sprach-/sozio-)kulturelle Beispiele von Konvergenz und Divergenz diskutieren.

Dass Konvergenz-Mechanismen im europäischen Integrationsprozess rechtlich und wirtschaftlich greifen, auf die soziokulturelle Ebene aber nicht so einfach zu übertragen sind, wurde bereits angesprochen. *Ettore Recchi* (Paris) belegt dies in seinem Beitrag „Europäische Gesellschaften: Konvergenzen und Divergenzen“ eindrücklich. Er untersucht auf Basis empirischer Daten und anhand von vier soziologischen Kriterien, die eine „Gesellschaft“ kennzeichnen, ob die verschiedenen nationalen Gesellschaften Europas auf dem Weg zu einer Verschmelzung zu einer einzigen europäischen Gesellschaft sind, was Europa als Wertegemeinschaft und die Entstehung einer gemeinsamen Identität verfestigen würde.

Hans-Jürgen Lüsebrink (Saarbrücken) untersucht in seinem Beitrag „Europa als multikultureller Kommunikationsraum: Kulturtransfer, Übersetzungsprozesse und Kommunikationsstile in interkultureller Perspektive“ europäische Kulturkontakte. Im Gegensatz zur politischen Ebene, die klar nach Konvergenz strebt, sind im Bereich des (interkulturellen) Kontakts eher Divergenzen festzustellen, was anhand der Parameter Kulturstandards, Mehrsprachigkeit und Kulturtransfer nachgewiesen wird.

Dass eine politische Steuerung kultureller Phänomene grundsätzlich möglich ist, zeigen *Roland Marti & Claudia Polzin-Haumann* (Saarbrücken) für den Bereich der Sprachpolitik in ihrem Beitrag „Sprachliche Konvergenz- und Divergenzprozesse: Ein vergleichender Blick in germanische, romanische und slavische Sprachräume“. Sie geben Beispiele für Top-down-Prozesse, die, beeinflusst durch gewisse Herrschaftsverhältnisse und historische Entwicklungen, zu Sprachnormierung und damit zu Konvergenz oder zur Ausdifferenzierung von Standardsprachen und damit zu Divergenz führten.

Die Identifikation mit der EU als Institution ist jedoch nicht leicht zu steuern, wie *Uwe Eisenbeis & Yasmin Dorostan* (Stuttgart) in ihrem Beitrag „Europapolitische Information in Zeiten veränderter Informations- und Nachrichtenmärkte: Divergenz und/oder Konvergenz im Hinblick auf europapolitische Informationspraktiken und Rezipientenerwartungen“ belegen. Die EU hat Probleme, ihre europapolitischen Inhalte über die veränderten Nachrichtenmärkte an die europäische Bevölkerung zwecks Förderung der Konvergenz (im Sinne der Information/der Transparenz, aber auch des Commitments) zu vermitteln.

Dass Konvergenz im Bereich der Kultur nicht einfach herzustellen und durchzusetzen ist, zeigt auch *Christian Scholz* (Saarbrücken) am Beispiel des Fernsehens im Beitrag „Europäisches Fernsehen: Konvergenz plus Divergenz“. Sowohl in technisch-organisationaler (europaweite Sender) als auch inhaltlicher Hinsicht (europaweite Programme) gab es Bestrebungen, Konvergenzprozesse anzustoßen, die sich bis auf wenige Ausnahmen weder auf Anbieter- noch auf Rezipientenseite durchgesetzt haben; neu auftretende Streamingdienste, mit denen Fernsehen „on demand“ möglich ist, lösen das Fernsehprogramm zunehmend ab und führen eher zu einer Fragmentierung der audio-visuellen Medienlandschaft, das heißt weder zu einer Konvergenz noch zu einer klaren Divergenz.

In welchen Bereichen der Digitalisierung Europäisierungsprozesse konvergent oder divergent verlaufen, untersucht *Tobias Scholz* (Siegen) im Beitrag „Die Konvergenz der Digitalisierung: Eine Prognose für Europa“. Europäische Rahmenbedingungen wie die Netzneutralität, Datensicherheit und ein freies Internet können gerade in Abgrenzung zu den USA und China entscheidende Wettbewerbsfaktoren sein. Verschiedene Szenarien zeigen mögliche Entwicklungstendenzen für die Zukunft im digitalen Zeitalter in Europa auf.

Abschließend folgen in der Sektion *Werkstattberichte* zwei Berichte von Veranstaltungen, die zum Thema „Europäisierungsprozesse: Wo sich Konvergenz und Divergenz treffen“ im Europa-Schwerpunkt der Universität des Saarlandes organisiert wurden. *Anne Rennig* berichtet von der diesem Band zugrundeliegenden *interdisziplinären Tagung*, zu der das Collegium Europaeum Universitatis Saraviensis (CEUS) am 10./11. Juni 2016 unter wissenschaftlicher Federführung der Herausgeber an die Universität des Saarlandes einlud. Darüber hinaus berichten *Christian Scholz, Lisa Grotefend & Pauline Richter* von einem internationalen studentischen Workshop am 11. November 2017 an der Universität des Saarlandes, der auf methodologischer Grundlage des „Design Thinking“ neue Erkenntnisse zur Perzeption Europas durch die junge Generation brachte.

Unser Buch endet ohne ein eindeutiges Ergebnis: Zu offen sind die neu aufgeworfenen Fragen, zu komplex die gelieferten Antworten. So gesehen sind wir zwar einen kleinen Schritt weiter, stehen aber immer noch am Anfang einer europabezogenen Konvergenz- und Divergenzforschung. Nachdem sich aber der Mythos einer kollektiven „Integrati-

Vorwort der Herausgeber

on Europas“ in Luft aufgelöst hat, brauchen wir diese Forschung jedoch mehr als je zuvor.

Die Herausgeber danken, auch im Namen des CEUS, allen Autorinnen und Autoren für die Teilnahme an diesem Band. Besonderer Dank gilt der ASKO EUROPA-STIFTUNG, ohne die sowohl die Tagung als auch diese Publikation nicht möglich gewesen wären. Weiterhin danken wir dem Internationalisierungsfonds der Universität sowie der Staatskanzlei des Saarlandes für die Unterstützung dieses Projekts.

Saarbrücken, im Juli 2018

*Christian Scholz, H. Peter Dörrenbächer
& Anne Rennig*

Inhalt

Konvergenz und Divergenz in Europa: Eine kleine Einführung in eine große Herausforderung	15
<i>Christian Scholz</i>	
<i>Wirtschaft, Politik & Recht</i>	
Die Europäisierung nationaler Policies: Divergenz oder Konvergenz? Eine Analyse der Bedingungen für Konvergenz- und Divergenzprozesse am Beispiel der Finanzpolitik	53
<i>Georg Wenzelburger</i>	
Konvergenzen und Divergenzen im europäischen Recht: Das Beispiel der Daseinsvorsorge auf lokaler Ebene	73
<i>Philippe Cossalter</i>	
Personalarbeit in Europa: Wo bleibt die Konvergenz?	87
<i>Christian Scholz</i>	
Risikokultur von Banken in Europa: Werte-Nonvergenz trotz erzwungener Artefakte-Konvergenz	137
<i>Volker Stein & Arnd Wiedemann</i>	
Konvergenz der europäischen Hochschulsysteme: Bologna auf dem Prüfstand	157
<i>Laura Kreiner</i>	
Räumliche Muster der Europäisierung: Beispiele aus innereuropäischen Grenzräumen	205
<i>Melanie Reisch & Tobias Chilla</i>	

Inhalt

Medien, Kommunikation & Kultur

Europäische Gesellschaften: Konvergenzen und Divergenzen 229

Ettore Recchi

Europa als multikultureller Kommunikationsraum:
Kulturtransfer, Übersetzungsprozesse und Kommunikationsstile
in interkultureller Perspektive 257

Hans-Jürgen Lüsebrink

Sprachliche Konvergenz- und Divergenzprozesse: Ein
vergleichender Blick in romanische, slavische und germanische
Sprachräume 281

Roland Marti & Claudia Polzin-Haumann

Europapolitische Information in Zeiten veränderter
Informations- und Nachrichtenmärkte: Divergenz und/oder
Konvergenz im Hinblick auf europapolitische
Informationspraktiken und Rezipientenerwartungen 301

Uwe Eisenbeis & Yasmin Dorostan

Europäisches Fernsehen: Konvergenz plus Divergenz 323

Christian Scholz

Die Konvergenz der Digitalisierung: Eine Prognose für Europa 357

Tobias M. Scholz

Werkstattberichte

Europäisierungsprozesse: Wo sich Konvergenz und Divergenz
treffen. Bericht zur Tagung des Collegium Europaeum
Universitatis Saraviensis (CEUS) im Juni 2016 an der Universität
des Saarlandes 379

Anne Rennig

Konvergenz oder Divergenz? Wie Jugendliche Europa sehen <i>Christian Scholz, Lisa Grotefend & Pauline Richter</i>	389
Autorenverzeichnis	413

Konvergenz und Divergenz in Europa: Eine kleine Einführung in eine große Herausforderung

Christian Scholz (Saarbrücken)

Großbritannien verlässt die Europäische Gemeinschaft. Und: Wir haben wieder Zäune und Mauern innerhalb von Europa. An der Grenze zwischen Österreich und Deutschland gibt es Personenkontrollen. In Flüchtlings-, Energie- und Finanzpolitik liegen Frankreich und Deutschland meilenweit auseinander. Und die Bildungspolitik (Stichwort „Bologna“) ist ohnehin ein Kapitel für sich. Vieles driftet auseinander, anderes aber gleicht sich immer mehr an. Damit ist auch die wissenschaftliche Forschung unter den Stichworten „Konvergenz“ und „Divergenz“ gefordert, wobei sich auch hier ein Paradigmenwechsel abzeichnet: War bisher Konvergenz der anzustrebende Normalfall („Europäische Integration“), rückt jetzt auch „Divergenz als Ziel“ ins Scheinwerferlicht. In dieser „kleinen Einführung in eine große Herausforderung“ geht es dabei nicht nur um eine methodische Hinführung zu diesen beiden Entwicklungen, sondern auch um eine Positionierung von Europa als multidisziplinär zu betrachtenden Objektbereich.

A. Der Traum am Anfang: Wie und warum alles begann

Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg tauchte ein Wort auf, das in den Jahrzehnten zuvor weder konzeptionell noch konstruktivistisch Verwendung fand: „Europa“. So stellte bereits 1946 Winston Churchill in seiner Züricher Rede (vgl. Churchill 2009) die Idee der „United States of Europe“ in den Raum: Streng nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten von Amerika sollte es einen Staatenverbund geben, der durchaus föderalistisch ausgerichtete Staaten in eine zentrale Regierung zusammenfasst, die unter anderem eine gemeinsame Fiskal-, Wirtschafts-, Bildungs- und Außenpolitik betreiben.

Auch wenn offen bleibt, ob er tatsächlich glauben konnte, dass Großbritannien Teil dieser „USE“ sein würde – etwas, das heute noch weniger als zwischenzeitlich vorstellbar ist –, so hat dieses Leitbild von

Anfang an das Denken der Akteure geprägt. Selbst aktuelle Überlegungen wie die eines gemeinsamen Finanzministers für Europa kommen aus diesem Denkbild.

Diese Vision legte bereits ganz am Anfang wirkmächtig den Kurs für Europa vor. Natürlich geprägt von einer heimlichen Bewunderung für die USA und ihre demokratische Staatsauffassung – ein Image, das die USA aber aktuell mit allen Mitteln zu bekämpfen suchen –, sollte auch Europa zusammenwachsen, wobei man am Anfang sicherlich einen etwas kleineren Staatenverbund im Auge hatte, als er heute erwartungsvoll und ängstlich vor uns steht.

Aufschlussreich ist ein Blick in diverse Schlagzeilen: „Konvergenz in der Krise“ (Dauderstädt 2014: 1), „25 Jahre Maastrichter Verträge: Reale Divergenzen und institutionelle Reformen“ (Jost/Reitz 2017: 124), „Divergenz statt Konvergenz in der Wirtschafts- und Währungsunion?“ (Hishow 2014: 1), „Konvergenz der Medien – Divergenz im europäischen Jugendmedienschutz?“ (Scheuer 2008: 10).

Immer wieder wird Konvergenz mit allen Mitteln und fast schon jenseits aller Rationalität verteidigt. Integration, Zusammenwachsen und andere Zauberworte prägen manipulativ im Sinne von Framing (vgl. Lakoff/Wehling 2016) unser Denken. Im Rahmen dieses Beitrags geht es nicht darum – auch wenn es reizvoll wäre –, die manipulative Kraft von Sprache zu thematisieren, die bekanntlich auch in Deutschland eine gewisse Historie hat (vgl. Klemperer 2007) und aktuell in fataler Form die wirtschaftspolitische Debatte prägt (vgl. Scholz 2018).

Wichtig aus Sicht der Wissenschaft ist die normative Neutralität: Konvergenz ist per se genauso gut wie Divergenz. Oder anders formuliert: Divergenz ist mehr als nur ein störender Irrtum auf dem Wege zur Konvergenz mit dem Endziel der perfekten Integration. Dies setzt wissenschaftliche Akribie voraus, denn es geht um Fakten sowie um konzeptionelle Klarheit: Divergenz ist danach etwas anderes als Diversität und Homogenität etwas total anderes als Konvergenz. Und es setzt einen multidisziplinären Zugang voraus. Danach geht es um Entwicklungen der Geschichte und Sprache ebenso wie um wirtschaftswissenschaftliche und kulturelle Phänomene.

Es geht daher in diesem Beitrag um Ansätze einer wissenschaftlichen Analyse des (Nicht-)Zusammenwachsens, also um den Prozess der gewollten wie auch ungewollten Konvergenz, gleichrangig aber auch um den Prozess der gewollten und ungewollten Divergenz.

Der vorliegende Beitrag liefert keine Lösungen. Er will lediglich den Rahmen abstecken für die Suche nach Lösungen, die wir dringend brauchen: Europa muss sich darüber klar werden, wie es entstanden ist und wohin es langfristig gehen möchte. Auch wenn Politiker in Tausenden von Jahren nahezu nie auf Wissenschaftler gehört haben, können und müssen Wissenschaftler über derartige Antworten nachdenken – gerade in einer Zeit, in der Forschungsförderung immer mehr auf angeblich anwendungsnahe Informatik setzt und viele andere Themen als irrelevant abtut.

B. Die Entwicklung Europas: Eine Geschichte voller Überraschungen

1. 1950er Jahre: Europa als faszinierende Vision

1951 wurde die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl ins Leben gerufen. Es folgten die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft mit den Römischen Verträgen (1957) und diverse andere Gruppierungen bis hin zur Europäischen Atomgemeinschaft (ebenfalls 1957). Kurz darauf entstand die Europäische Freihandelszone (1960).

Auch wenn es teilweise unterschiedliche Auffassungen zur Zielprojektion „Europa“ gab:

Überall und trotz partieller Nationalismus-Tendenzen dominierte die faszinierende Vision eines gemeinsamen Europas als ein grenzenloser Raum, als ein grenzenloses Zusammenwachsen und als grenzenlose Konvergenz.

In dieser Phase lag der Fokus des europäischen Integrationsprozesses auf einem uneingeschränkten Funktionalismus (vgl. Spolaore 2013: 132). Nach dieser Logik wird die europäische Integration nicht durch die nationalen Länderregierungen oder Visionäre getrieben, die am Morgen aufwachen und sich plötzlich in ein gemeinsames Europa einfügen wollen; vielmehr gibt es dezidierte Macht-Eliten und wirtschaftlich ausgerichtete Interessengruppen, die – durchaus zum eigenen Nutzen – ein Europa durch das Einrichten von funktional ausgerichteten Institutionen schaffen wollen. Deshalb werden supranationale Einrichtungen mit einem primär funktionalen Auftrag gegründet, wie beispielsweise die Gestaltung der Geldpolitik über die Europäische Zentralbank. Ihre vordergründige Aufgabe ist die Erfüllung der Funktionalität, wobei aber dahinter die Idee steht, dass die Funktion in Richtung

auf ein Zusammenwachsen wirkt: Denn wenn alle Länder eine identische Geldpolitik haben, führt dies quasi automatisch – so die ungeschriebene Logik – zu einer Konvergenz auch in anderen Feldern, woraus dann ein wie auch immer definiertes „gemeinsames Europa“ entsteht.

In diese Zeit fällt im Übrigen auch die Gründung der Universität des Saarlandes und ihre explizite Titulierung als „europäische Universität“ (1950). Auch wenn nicht immer in der zentralen Argumentation der damals noch kollegial quer über die Professoren der Fakultäten gesteuerten Universität enthalten, sollte eine solche „Europa-Universität“ nicht nur zufällig an einer für Europa zentralen Stelle stehen, sondern ganz dezidiert auch Europa-Themen forcieren. Vor diesem Hintergrund entstand innerhalb der damals noch nicht zerschlagenen Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät das Europa-Institut (1951) als erklärtes Leuchtturmprojekt für Europa. Der damaligen Denke eines faszinierenden Europas als primär juristische Herausforderung entsprechend, war das Institut allerdings eine rein rechtswissenschaftliche Einrichtung: Man verstand an der Universität des Saarlandes Europa weniger als einen kulturellen oder wirtschaftlichen Verbund, sondern primär als eine juristisch getriebene Suche nach optimalen Gesetzen zur Minimierung von Transaktionskosten. Die Frage, ob Europa mehr sein könnte als ein rein juristisches Konzept mit Konsequenzen aus Verträgen, stellte sich damals nicht.

2. 1980er Jahre: Europa als technokratisches Integrationsobjekt

30 Jahre später waren – unter anderem über die Einheitliche Europäische Akte (1987) geregelt – die Grundlagen für den Europäischen Binnenmarkt geschaffen. Zentrales Konzept waren dabei die vier Grundfreiheiten, also freier Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr. Jetzt ging es nicht mehr um Funktionalismus und liebevoll gestaltete juristische Vertragsentwürfe: Jetzt ging es explizit darum, wie man die nationalen Einheiten in ein gemeinsames Europa zusammenführt.

Das Zauberwort lautete „Europäische Integration“ mit einem klaren Paradigma:

Gesucht war Homogenität und die dazu erforderliche Konvergenz wurde mit dem Etikett „Integration“ versehen und als unaufhaltsam, aber auch unumkehrbar eingestuft.

Bereits das Wort „Integration“ signalisierte die positive Konnotation: Wer kann allen Ernstes gegen „Integration“ sein? Und ist ein integriertes gemeinsames Europa nicht zwangsläufig besser als eine Zweckgemeinschaft von sich bekämpfenden Fragmenten? Darf das „Ich“ über das „Wir“ siegen? Wohl nicht! Akzeptiert man das Ziel „Integration“, so akzeptiert man auch die Ausgangsannahmen, wonach der aktuelle Zustand definitiv noch nicht integriert und dieser Zustand negativ zu bewerten ist. Er ist also zu ändern. Wohin man auch schaute: Alles wurde zusammengeführt, alles vereinheitlicht. Das Ziel: gemeinsame Arbeits-, Finanz-, Währungs-, Kultur-, Bildungs- und Alles-Andere-Auch-Bald-Gleich-Märkte. Es gab sogar die Idee eines europäischen Fernsehprogramms. Dort lief als gemeinsames Vormittagsprogramm die DJ-Cat-Show mit Linda de Mol: Jetzt konnten deutsche Kinder zeit- und inhaltsgleich fernsehen wie Kinder in Finnland.

Auch das zeigte sich wieder an der Universität des Saarlandes. Der Autor dieses Beitrages wollte Ende der 1980er Jahre das juristisch geprägte Europa-Institut um einen wirtschaftswissenschaftlichen Bereich mit dem Schwerpunkt „Europa“ ergänzen. Auch wenn das Programm (1988) in diesem Sinne als „Europäisches Management“ gestartet und zu einem respektablen Erfolg wurde, waren sich Vertreter von Unternehmen, Verbänden, Universität und Politik einig: Ein solches Programm ist für Europa eigentlich nicht nötig, da innerhalb der EU die Länder so rasch und eng zusammenwachsen, dass landesspezifische Unterschiede keine Rolle mehr spielen würden.

Dementsprechend gab es und gibt es immer noch diverse Programme zur „Europäischen Integration“ als Maxime zur Zwangskonvergenz. In den Mittelpunkt rückten immer mehr technokratische Systeme im Sinne von Regelungen, die im Bereich der EU umzusetzen waren. Eher funktionale Institutionen wurden also ergänzt um Technokraten, die sich plötzlich um die optimale Form von Bananen kümmerten, weil eine einheitlich geformte Banane Symbol für Europa werden könnte. Zentrale Basis dieser zeitgemäßen Argumentation war also die Hypothese, wonach Konvergenzprozesse in Europa nicht mehr aufzuhalten

seien und es allenfalls noch um ein Abschleifen der noch verbliebenen Unterschiede in Europa ginge.

Forschung und Lehre am damaligen wirtschaftswissenschaftlichen Teil des Europa-Instituts (vgl. z. B. Scholz 1991; Scholz/Zentes 1995; 1998; 2002; 2006; Laszlo et al. 1998) sahen aber anders aus und haben sich schon damals von einem anderen Leitbild als dieser Integrations-euphorie leiten lassen (Scholz 1990):

Es ging vielmehr explizit um den bewussten und bereichernden Umgang mit Unterschiedlichkeiten innerhalb von Europa – und nicht um ihren Abbau.

Das war damals definitiv nicht „Mainstream“ und auch politisch nicht korrekt. Denn es wurde sogar außerhalb von Europa zunehmend vom „European Dream“ geträumt, auch von Jeremy Rifkin (2004) als dem wohl populärsten Träumer: Danach gibt es 25 Nationen mit 455 Millionen Menschen, die auf wundersame Weise auf dem besten Wege sind, zu einer großen und großartigen Einheit „United States of Europe“ (Rifkin 2004: 197) zusammenzuwachsen, mit Frieden plus Wohlstand für alle und nicht zuletzt als globales Vorbild für die Welt, also auch für die Vereinigten Staaten von Amerika. Wenn man diese Ausführungen liest, so sind sie ein einziges Plädoyer für maximale Konvergenz zum maximalen Nutzen für alle.

3. 2010er Jahre: Europa als gesellschaftspolitisches Fragezeichen

Egal ob Brexit oder die Finanzkrise mit Ländern wie Griechenland oder Italien: Während man auf der Oberfläche immer noch über Integration räsoniert, entsteht in der Realität immer mehr Divergenz. War vollständige Konvergenz schon im „kleinen“ Europa schwierig, wollte sie auch im „großen“ Europa nicht richtig in die Gänge kommen. Das zeigte sich deutlich bei der Flüchtlings-„krise“ (Scholz 2016b): Da träum(t)en auf der einen Seite Angela Merkel, Jean Claude Juncker und neuerdings Emmanuel Macron von einer „europäischen Lösung“, von gleichverteilten Flüchtlingszahlen, die sich gleichmäßig in alle Länder integrieren, also fast schon als Konvergenzmultiplikatoren wirken. Und dann gab es daneben Singularitäten, wie zum Beispiel einen Zaun (17. Juni 2015), eine Willkommenskultur (6. September 2015) und eine Konferenz der alten k.u.k.-Monarchie (24. Februar 2016). Aus einer bipolaren Verhaltensweise in Europa wurde etwas, was es in der

Psychologie nur in Grenzbereichen gibt: nämlich eine mehrdimensionale Verhaltensstörung. Sie hat nur einen einzigen impliziten Nenner: Divergenz!

Die Erkenntnis machte sich breit, dass der Automatismus „Konvergenz“ in Europa offenbar nur begrenzt funktioniert.

Wenn man genau hingeschaut hätte, wäre deutlich geworden, dass die Konvergenz-Automatik immer schon Probleme bereitete: Selbst die oben erwähnte Idee eines europäischen Fernsehprogramms mit einem gemeinsamen Vormittagsprogramm für Kinder erfuhr unbemerkt von der breiten Öffentlichkeit bereits 1989 ein jähes Ende, als Sky Channel entschied, sich ausschließlich auf Großbritannien zu konzentrieren, und den Anspruch auf eine flächendeckende Abdeckung von Europa aufgab.

Und an der Universität des Saarlandes? Hier gibt es auf der einen Seite kleinere und isolierte Bewegungen, die sich inhaltlich mit dem Thema Europa (vgl. Scholz 2012) auseinandersetzen, wozu nicht zuletzt die Gruppe derjenigen zählt, die sich mit der Herausgabe eines Sammelbandes zu diesem Thema beschäftigt. Auf der anderen Seite aber existieren durchaus die viel massiveren Tendenzen, das Konzept „Europa“ inhaltlich durch „International“ zu ersetzen und „Europa“ nur noch als einen Ressourcenpool zur Einwerbung von Finanzmitteln zu interpretieren. Zu dieser Strategie passt auch die Vorgabe, den wirtschaftswissenschaftlichen Teil des Europa-Instituts zu einer letztlich selbstfinanzierten Weiterbildungseinrichtung herabzustufen.

Schaut man auf den aktuellen Zustand von Europa, so fangen Länder wie Italien, Spanien und teilweise auch Griechenland an, wirtschaftlich wieder etwas Fuß zu fassen. Ob das langfristig aber den Glauben an ein vereintes Europa oder gar an die „United States of Europe“ wieder herstellt, bleibt abzuwarten. Auch der gegenteilige Fall kann eintreten, dürfte sich doch die teilweise als Demütigung verstandene Behandlung dieser Länder (wie die Rettung deutscher Banken unter dem Deckmantel der Rettung Griechenlands) ins kollektive Gedächtnis eingebrannt haben.

Wie lange derartige Entwicklungen in den Köpfen bleiben, sieht man am Jahr 2000, wo die Länder der Europäischen Union wie Deutschland (Schröder) und England (Blair) als Reaktion auf eine ÖVP-FPÖ-Koalition massive Sanktionen gegen Österreich einleiteten, die aber langfristig allenfalls die europaskeptische Denkhaltung in

Österreich verstärkten. Fügt man dann noch die aktuellen Entwicklungen in Österreich (wieder Boykott-Drohungen gegen Österreich nach der erneuten ÖVP-FPÖ-Koalition) und Nationalismus in diversen anderen Ländern dazu, ergänzt dies um ein Zusammenwachsen der Visegrád-Gruppe (Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn mit dem implizit assoziierten Mitglied Österreich), so wird klar:

Der Prozess der Integration ist ins Stocken geraten. Denn es gibt gefühlt jetzt mindestens so viel Divergenz wie Konvergenz. Und vielleicht ist das sogar gut so.

Nur: Wie sieht es jenseits von „Gefühl“ aus? Was sagt die wissenschaftliche Forschung?

C. Konvergenz- und Divergenzforschung in Europa: Ein nicht repräsentativer Überblick

Im Schatten des allgemeinen Bekenntnisses zur Integration und einer fast schon politisch gewollten Forschung in eine bestimmte Richtung gibt es zwangsläufig Arbeiten, die sich empirisch mit der Konvergenzhypothese auseinandersetzen. Sie überwiegen zahlenmäßig eindeutig diejenigen, die Divergenz analysieren.

1. Konvergenz-Theoretiker mit wenig Konvergenzbefunden

Die zentrale Botschaft vorab:

In der Forschung wird „Europäisierung“ meist mit angestrebter „Konvergenz“ gleichgesetzt und ihr Realisierungsgrad geprüft.

So sehen schon Due et al. (1991: 99) klare Trends in Richtung Konvergenz in europäischen Arbeitsbeziehungen: Die Autoren stellen fest, dass die Schaffung des Europäischen Binnenmarktes und die Integration der Wirtschaft in Europa für dynamische Kooperationen gesorgt hat; dabei würden Arbeitsbeziehungen als Politikum eine weitaus höhere Priorität als vorher einnehmen und die regulative Angleichung umfangreicher Konditionen für Arbeiter in Europa eine Konvergenz bedeuten.

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt Georgiadis (2008) in einer Arbeit anlässlich der Osterweiterung der Europäischen Union: Er beginnt mit dem Hinweis auf den politischen Hype der Konvergenz der 1990er Jahre und leitet über zur bekannten These, wonach die europäische Transformation als Konvergenzmechanismus zur europaweiten Homogenität führt, die letztlich auch eine systemische Isomorphie produziert. Allerdings werden in dieser Arbeit keine überzeugenden empirischen Befunde für die Konvergenz aufgeführt – was aber zunächst einmal präskriptiv nicht gegen die Konvergenz-These spricht (aber auch nicht dafür).

Hegelich und Schubert (2008) stellen die Frage, ob angesichts der Pluralität der Wohlfahrtssysteme in Europa überhaupt von „Europäischen Wirtschaftssystemen“ gesprochen werden kann. Wohlfahrtssysteme in Europa sind ein Feld der nationalen Politik, wie die Regionalisierung im Bereich der Gesundheit in Italien und Belgien zu beobachten ist. Die europäischen Wohlfahrtssysteme reagieren außerdem auf systemimmanente Konflikte und machen diese durch spezifische Kompromisse aushaltbar. Die Autoren vertreten daraus folgernd die These, dass Europa von mehr pluralistischen Überlegungen profitieren könnte und Unterschiede akzeptieren müsste. Also: Aus Akzeptanz der Vielfalt entstehen neue Chancen und Optionen.

Die Studie von Roose (2010) befasst sich mit kultureller Ähnlichkeit. Dabei nutzt der Autor eine Fragebatterie zu allgemeinen Werthaltungen aus dem European Social Survey, einer sozialwissenschaftlichen, ländervergleichenden Umfrage in Europa, und nimmt eine Abstandsbestimmung im Paarvergleich der Länder vor. Dabei steht „0“ für völlige Uneinheitlichkeit und „1“ für maximale Ähnlichkeit. Tabelle 1 zeigt als Ausschnitt aus der beeindruckend umfangreichen Analyse den Vergleich der Ähnlichkeitswerte von 2004 zu 2008. Man sieht, dass Belgien und Polen sowie Großbritannien und die Niederlande kulturell (etwas) ähnlicher wurden; hier gibt es also eine Konvergenz. Auf der anderen Seite gehen aber die Werte von Deutschland und Spanien auseinander, zeigen also eine Divergenz. Der besonders markante Befund: Es gibt weder durchgängige Konvergenz noch durchgängige Divergenz, sondern vielmehr ein eher fluktuierendes Verhalten, bei dem Länder kulturell (etwas) zueinander rücken, aber dann auch wieder voneinander abrücken.

Tabelle 1: Kulturelle Ähnlichkeiten in Europa

Länderpaar		Index aus Welle 2 (2004/2005)	Index aus Welle 4 (2008/2009)
Belgien	Polen	0,58	0,66
Großbritannien	Niederlande	0,76	0,81
Deutschland	Spanien	0,82	0,64

Quelle: Roose 2010: 46–53

2. Europapolitik mit uneinheitlicher Tendenz

Auch wo man eigentlich Konvergenz voraussetzt, erlebt man interessante Überraschungen. Dies gilt ganz besonders für die Europapolitik, die ja im Regelfall die Funktion hat, Konvergenz herbeizuführen – was aber nicht immer gelingt.

Nimmt man die europäische Umweltpolitik, so stellen Knill und Lenschow (2005) in ihrer Untersuchung fest, dass man angesichts der klaren Vorgaben aus der EU-Governance definitiv eine weitreichende Konvergenz nationaler Umweltpolitik erwarten müsste. Dieses Ergebnis lässt sich aber nicht feststellen. Stattdessen zeigen sich aus diversen Gründen klare Abweichungen vom „Pfad“ der Konvergenz. Es bleibt also die Erkenntnis, dass die erwartete glatte Konvergenz offenbar nicht eintritt.

Auf der anderen Seite gibt es gerade im Bereich der Europapolitik durchaus Felder, wo sich eine Konvergenz beobachten lässt. So zeigen Barbé et al. (2009), dass sich die Vorgabe einer einheitlichen EU-Außenpolitik insofern auch auf die bilateralen Beziehungen zwischen EU-Ländern und anderen Ländern auswirkt, als sich diese Interaktionsmuster annähern, also eine Konvergenz eintritt.

In die gleiche Richtung zielen auch Beiträge, wo die Konvergenz aber praktisch erzwungen wird. So beschäftigt sich Grech (2015) mit dem Einfluss der europäischen Finanzkrise auf die Pensionen in Europa und stellt eine Konvergenz fest. Diese ist allerdings nicht ganz überraschend, wenn – wie beispielsweise bei Griechenland – Anpassungsprozesse vorgeschrieben werden.

Dies lässt sich auch schön am Beispiel der Jugendarbeitslosigkeit zeigen. Papadopoulos (2014) argumentiert dabei nicht quantitativ, sondern vergleicht die konzeptionellen Hintergründe der politischen Sys-

teme in Irland und Griechenland sowie die daraus resultierenden Konsequenzen für die Entwicklung von und den Umgang mit der Jugendarbeitslosigkeit. Seine Analyse: Weil Irland eher aus einem neoliberalen Umfeld kommt als Griechenland, wird es auch im Umgang mit Jugendarbeitslosigkeit etwas mehr auf Marktmechanismen setzen. Also gibt es trotz gleicher zentraler Vorgaben und einer daraus resultierenden Konvergenz kleinere Unterschiede, also eine „contingent convergence“:

Zusammenfassend zeigen Heichel et al. (2005) in ihrem Aufsatz „Is there Convergence in Convergence Research?“, dass einzelne Konvergenztendenzen bei Sozial-, Fiskal-, Umwelt-, Handels-, Telekommunikations-, Geld-, Außen- und Bildungspolitik existieren, die aber nur teilweise und auch nur unter sehr spezifischer Betrachtung von Untersuchungseinheiten auftreten.

Im europapolitischen Kontext existieren viele Arbeiten, die sich – mehr implizit als explizit – mit dem Phänomen Konvergenz beschäftigen, vor allem aber als Übergangsphänomen in Richtung Homogenisierung.

Divergenz wird dagegen kaum thematisiert, die Vorteile divergenter Bewegungen werden praktisch überhaupt nicht aufgezeigt.

Dass politische Konvergenzverpflichtung – möglicherweise zum Glück – nicht gleichzusetzen ist mit „erzielter Homogenisierung“, kann man an der vielzitierten Bologna-Reform erkennen, bei der trotz massiver Konvergenzverpflichtungen nur bedingt Homogenität und Gleichförmigkeit geschaffen wurden. Wie stark allerdings fatalerweise inzwischen die politikkonformistische Forschung fortgeschritten ist, sieht man gerade an den umfangreichen Forschungsprojekten zu diesem Thema. Trotz inzwischen breiter Kritik „an Bologna“ (Scholz/Buchheit 2010; Lenzen 2014; Blasi 2011; Liessmann 2009), abgesehen von Ausnahmen (vgl. Scholz/Stein 2009; Scholz/Stein 2019), geht es überwiegend darum aufzuzeigen, wo die Konvergenz noch (!) nicht eingetreten ist. Es gibt also allenfalls „Eine vergleichende Analyse von Konvergenzdynamiken“ (Knill et al. 2013), die aber bereits vom Forschungsansatz her politikconfirmatorisch ausgelegt ist. Anders wäre es bei einem Untertitel „Konvergenz oder Divergenz“:

3. Wirtschaftswissenschaft mit Divergenz-Tendenz

Bei allen Bestrebungen in Richtung Integration, Harmonisierung und damit Konvergenz stellt sich die Frage, warum wir die angestrebte Homogenität nicht erreicht haben und wir teilweise sogar von einer Renaissance der Divergenz in Europa – die wir in den letzten Jahrhunderten immer wieder erlebt haben – sprechen können.

Argumentiert man politisch, so ist die EU inzwischen auf 28 Mitgliedstaaten angewachsen, was sich zwangsläufig auch in einer vergrößerten Unterschiedlichkeit niederschlägt. Dass hier die Politik an ihre Grenzen stößt, liegt auf der Hand: Sie versucht auf der einen Seite, unter Rückgriff auf die Europäischen Verträge die Bewahrung landesspezifischer Eigenheiten zu betonen, während sie auf der anderen Seite immer mehr die Konvergenz zum Naturgesetz erhebt.

Argumentiert man auf der Verhaltensebene, so sehen wir das tagtägliche Verhalten von Unternehmen, Bürgern, Konsumenten, Mitarbeitern, Medien und vieler anderer nicht-politischer Akteure. Sie alle folgen zwar konvergierenden Prozessen und forcieren sie kontinuierlich, betonen aber gleichzeitig die Andersartigkeit und Vielfalt – offenbar, weil für sie vielleicht (auch) gerade diese Unterschiedlichkeit den Reiz Europas ausmacht.

Gerade in wirtschaftswissenschaftlichen Studien gibt es Hinweise darauf, dass innerhalb von Europa teilweise bewusst auf Konvergenz verzichtet wird.

Hier lassen sich alle wirtschaftswissenschaftlichen Felder durchdeklinieren: So wird im Personalmanagement schon lange nicht mehr von einem einheitlichen „European HRM“, sondern mehr von einem heterogenen „HRM in Europe“ gesprochen. Hier wird unter anderem versucht, nationale Unterschiede in den Arbeitssystemen in Wettbewerbsvorteile zu transformieren (vgl. z. B. Scholz/Böhm 2008; Scholz/Müller 2010; siehe auch den Beitrag „Personalarbeit in Europa: Wo bleibt die Konvergenz?“ im vorliegenden Band).

Im Marketing taucht der Begriff „Konvergenz“ primär immer dann auf, wenn es darum geht, medienspezifische Integration zu realisieren, also beispielsweise „Kommunikation“ und „Marketing“ zu verbinden (vgl. z. B. Spring et al. 2014). Wenn es aber um die Annäherung von Ländern oder Konsumenten geht, setzen fortschrittliche Ansätze in Marketing und Konsumentenforschung eindeutig auf Divergenz: So beschreiben de Mooij und Hofstede (2002; 2011) deutlich die Notwen-

digkeit für Unternehmen, sich zumindest im Einzelhandel verstärkt mit den landeskulturellen Unterschieden auseinanderzusetzen und darauf zu verzichten, einfach Strategien von einem Land in ein anderes Land zu kopieren. Daraus ergibt sich eindeutig Divergenz.

Ganz klare Divergenz lässt sich bei europäischen Fernsehprogrammen lokalisieren (Scholz 2014a; siehe auch den Beitrag „Konvergenz und Divergenz im europäischen Fernsehen“ im vorliegenden Band): Definiert man europäisches Fernsehen als europaweite Ausdehnung mit europaspezifischen Inhalten, so gibt es kaum Hinweise dafür, dass es hier zu einer Konvergenz in Richtung Europa kommen wird. Dazu ist die Heterogenität zu groß und zu kleinteilig. Auch fehlen der gesellschaftspolitische Wille, die Wünsche der Konsumenten und eine entsprechende Interessenlage der Medienunternehmen. Zu stark sind auch die gerade beim öffentlich-rechtlichen Fernsehen realisierbaren Partikularinteressen der Politiker mit ihrer Ausrichtung auf lokale Wählergruppen und lokale Lobbygruppen. Disruptionen wie Netflix werden ihr Übriges tun, um „Europa“ aus der Wahrnehmung zu entfernen. Hinzu kommt noch die Generation Z (vgl. Scholz 2014b), die sich eher in Richtung auf konkrete Sendungen und konkrete Protagonisten entwickelt.

Eine besonders interessante wettbewerbsstrategische Begründung für Divergenz liefert Delamaide (1994). Diese geht – anders als von den Konvergenztheoretikern unterstellt – nicht vom Ziel „United States of Europe“ aus, weil das Konzept der Nationen letztlich weder Strahl- noch Integrationskraft hat. Vielmehr stehen Superregionen im Mittelpunkt, beispielsweise die Atlantikküste oder Mitteleuropa. Sie erzielen Wettbewerbsvorteile, weil sie gleichzeitig innerhalb der jeweiligen Region maximale Homogenität, zwischen den Regionen aber maximale Heterogenität realisiert haben. Dies bedeutet: Konvergenz auf der unteren Ebene, Divergenz auf der oberen Ebene.

Die auf Friedman (1999) aufbauende Studie von van Ittersum und Wong (2010) „The Lexus or the Olive Tree? Trading off Between Global Convergence and Local Divergence“ über die Lebensmittelproduktion in der Europäischen Union kommt zu dem Ergebnis, dass eine Balance zwischen ökonomischem Gewinn durch die Vermarktung von globaler Konvergenz und kulturellem Gewinn durch die Bewahrung lokaler Divergenz gefunden werden müsse. Denn die Konsumenten folgen der gesamt europäischen Regierungserklärung von 1992, in welcher der globalen Konvergenz zugunsten der Bewahrung kultureller Produkte

Einhalt geboten werden soll. Diese Produkte werden durch die Erklärung abgesichert und haben eine geschützte Herkunftsbezeichnung (Protected Designation of Origin) oder eine geschützte geografische Angabe (Protected Geographical Status), um sich gegenüber ähnlich bezeichneten Produkten großer Unternehmen und anderer Regionen abzugrenzen. Hier wird Divergenz also eindeutig als positiv und erstrebenswert gesehen.

Modelltheoretische Überlegungen aus der Kulturforschung legen nahe, dass Konvergenz immer von Divergenz begleitet wird.

Eine derartige Erklärung beginnt mit dem Drei-Ebenen-Modell von Schein (1985), bei dem zwischen Grundannahmen, Werten und Artefakten unterschieden wird. Nimmt man dieses Modell und überträgt es auf die Länder in Europa, so bedeutet Homogenität Einheitlichkeit auf der jeweiligen Ebene.

Definiert man den Grad der Einheitlichkeit als „Korridor“, so kommt man zum Konzept des Kulturkorridors (vgl. Scholz 1991). Ist der Korridor eng, gibt es wenig Übereinstimmung, ist der Korridor breit, gibt es umfassende kulturelle Einigkeit. Der Konvergenzhypothese folgend würde der Übereinstimmungskorridor simultan auf allen drei Ebenen gleichzeitig größer werden: Nehmen also die gemeinschaftlich geteilten Artefakte zu, so müssten bei Geltung der Konvergenzhypothese auch die gemeinschaftlich geteilten Grundannahmen zunehmen. Bezogen auf Europa ist aber auch ein kompensatorischer Verlauf im Kulturkorridor plausibel: Dieser postuliert Konvergenz bei den Artefakten, aber Divergenz bei den Grundannahmen. Gerade dieser Verlauf ist durchaus einleuchtend. Denn betrachtet man die Entwicklung in Europa, so ist Konvergenz im Sinne einer starken Standardisierung im sichtbaren Bereich der Artefakte beobachtbar. Sie reicht von gleichen Nummernschildern, über (weitgehend) gleiche Währung, zu Reisepässen und einer imposanten Flut von EU-Regelungen für Stromanschlüsse bis hin zu Kartoffeln und Bier.

Als Gegenbewegung zur erzwungenen Konvergenz auf der sichtbaren Ebene gibt es also eine Divergenz der Grundannahmen, also eine Verringerung des Basiskonsenses.

D. Aktueller Problemdruck und konkretisierte Fragestellung

Aktuell gibt es eine Vielzahl von Ecken, aus denen heraus der Problemdruck für Europa zunimmt, wobei man vereinfachend unter „Europa“ inzwischen „Europäische Union“ und vielleicht auch assoziierte Länder (wie die Schweiz) verstehen könnte.

An oberster Stelle zu nennen ist das reine Mengenproblem. Der Bereich, über den wir jetzt sprechen, erstreckt sich in enger Lesart („Europäische Union“) auf 4 Millionen Quadratkilometer und 500 Millionen Menschen, in weiterer Lesart („Kontinent Europa“) auf 10 Millionen Quadratkilometer und 700 Millionen Menschen. Hier Finanz-, Wirtschafts-, Sozial-, Bildungs-, Kultur- und Sportpolitik irgendwie zum Konvergieren zu bringen, grenzt an die Quadratur des Kreises.

Dann gibt es die Herausforderung der Flüchtlinge, die unterschiedliche europäische Länder unterschiedlich treffen, was eher Divergenz als Konvergenz fördert. Was passiert, wenn nur ganz wenige Länder in Europa Millionen Menschen aus dem Kulturraum der Türkei über Afghanistan bis hin zu Afrika aufnehmen, die meisten anderen Länder aber nicht? Verändern sich dann kulturell ausschließlich diese Aufnahmeländer? Oder entfernen sie sich von dem, was vielleicht als „europäisch“ galt? Wobei aber noch immer keiner weiß und auch eigentlich niemand mehr diskutieren möchte, was eigentlich „europäisch“ bedeutet. Und was passiert, wenn Flüchtlinge gar nicht nach Europa wollen, sondern gezielt nach Großbritannien (sprachliche Vorteile) oder Deutschland (wirtschaftliche Vorteile)?

Was passiert, wenn immer mehr Menschen nach Europa kommen, in deren Köpfen das Konstrukt „Europa“ nicht vorkommt und die es dementsprechend noch weniger berücksichtigen als die bisherigen Europäer?

Ein unveröffentlichtes Forschungsprojekt des Autors dieses Beitrages legt folgende These nahe: In den Köpfen derjenigen, die über das Mittelmeer oder die Türkei zu uns nach Europa kommen, gibt es den Begriff „Europa“ nicht einmal ansatzweise – genauso wenig wie es für sie einen Oberbegriff gibt, der Algerien, Syrien und Eritrea verbindet. Die Menschen, die zu uns kommen, sind definitiv keine „Neu-Europäer“ und werden wahrscheinlich auch keine. Sie sind also keine „Noch-nicht-Europäer“! Und was passiert, wenn Flüchtlingsströme ganze Kulturen verändern? Könnte es nicht sein, dass das Zauberwort „Integrati-on“ sich als Nullnummer erweist? Aber ist es in Teilen nicht sogar posi-

tiv zu bewerten, wenn man der Logik folgt, wonach Divergenz und Divergenz gut sind?

Und schließlich gibt es noch Spezialprobleme. Sind Engländer nach dem Brexit (vgl. Scholz 2016a) noch Europäer? Geografisch ja, kulturell vielleicht auch, aber darüber hinausgehend? Sind Engländer vielleicht sogar „Nicht-mehr-Europäer“? Haben wir die ultimative Divergenz erreicht?

Erforderlich ist eine Diskussion über einen Paradigmenwechsel!

War früher „Europäisierung“ mit Konvergenz gleichzusetzen, müsste beziehungsweise könnte man jetzt über eine neue Logik des Zusammenspiels von Konvergenz und Divergenz in Europa nachdenken. In ihr würde nicht länger automatisch Konvergenz mit „gut“ und Divergenz mit „schlecht“ gleichgesetzt.

Um diesen Paradigmenwechsel zu verstehen, ist generell ein Verständnis von Konvergenz und Divergenz innerhalb Europas nötig, wodurch sich zwei Fragestellungen aufdrängen: Was genau ist Konvergenz sowie Divergenz und wie kann man sie in Richtung auf das Untersuchungsobjekt „Europa“ analysieren? Im nächsten Abschnitt (E) folgen dementsprechend einige methodische Grundlagen, die zeigen, was genau Konvergenz sowie Divergenz ist und welche Spielarten davon existieren. Danach kommt ein Operationalisierungsvorschlag (Abschnitt F), der helfen soll, Divergenz und Konvergenz vor dem Hintergrund von Europa zu analysieren.

E. Methodische Grundlagen: Nötig und erhellend

1. Was sind Konvergenz und Divergenz?

In den vorangegangenen Abschnitten wurden Konvergenz und Divergenz umgangssprachlich verwendet – womit man nicht ganz falsch liegt. Bemüht man sich um eine etwas exaktere Definition, so wird klar, dass beide Begriffe eine *dynamische* Betrachtung implizieren und sich von den *statischen* Konzepten „Homogenität“ sowie „Heterogenität“ unterscheiden.

Den Ursprung haben Konvergenz und Divergenz in der Mathematik. Hier geht es um mathematische Funktionen, also zum Beispiel $f=1/i$. Zeichnet man diese Funktionen als Punkte oder Kurven (vgl.